

**KURZ REZENSiert**



**Carlo Strenger:**  
Diese verdammten Eliten. Wer sie sind und warum wir sie brauchen.  
Edition Suhrkamp, Berlin 2019; 172 S., 16,50 €

Wer sind die Gewinner der Globalisierung und wer die Verlierer? Bedroht heute allein der nationalistische Populismus die liberale Ordnung oder sind die „verdammten liberalen Eliten“ am Aufstieg des Populismus mitschuldig? Carlo Strenger, Psychologe und Kolumnist der liberalen Tel Avivier Tageszeitung „Haaretz“, zeichnet in seinem empfehlenswerten Buch ein präzises Porträt der neuen kosmopolitischen Liberalen. Früher habe ein Großteil der Menschen jene Elite, die „Anywheres“, nicht mit Argwohn betrachtet. Das habe sich geändert, meint Strenger. Ausdrücklich nimmt er die Eliten in Schutz gegen das von Populisten verbreitete Stereotyp der „heimatlosen Anzugträger“. Für Strenger handelt es sich bei den liberalen Eliten nicht um Snobs, sondern um hervorragend ausgebildete, hart arbeitende Nerds, die ihre Identität, ihren Status und ihre Positionen in der Wissenschafts- und Kunstwelt, in den Medien oder in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der großen Konzerne vor allem durch Leistung und Talent erreicht haben. Dies hält Populisten jedoch nicht davon ab, die liberalen Eliten als Gegner von nationalen Traditionen und der Kultur ihrer Herkunftsregion zu verunglimpfen. Dass diese Agitation bei den Themen Migration und Globalisierung funktioniert, beweisen die Wahlerfolge von Donald Trump sowie der Rechts- und Links-Populisten in Europa. „Die Verachtung der Eliten hat dann ein Ende, wenn man auf ihre Expertise angewiesen ist, etwa auf einen vorzüglichen Chirurgen, Ingenieur oder Architekten.“ Strenger ist nicht „unparteiisch“, er identifiziert sich selbstbewusst mit den universellen Werten. Zugleich räumt er ein, dass „wir liberale Kosmopoliten“ beim Aufstieg des Illiberalismus und Nationalismus „einige schwerwiegende Fehler“ gemacht haben: „Wir sind allzu oft zu arrogant gewesen, wo es darum geht, anderen unser Weltbild und unsere Werte zu vermitteln.“ manu



**Jared Diamond:**  
Krise. Wie Nationen sich erneuern können.  
S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2019; 462 S., 26 €

Die Bücher des Genetikers und Anthropologen Jared Diamond („Der dritte Schimpanse“ und „Kollaps“) gehören zu den Weltbestsellern. Für sein Werk „Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften“ erhielt er 1997 den renommierten Pulitzer Preis. Wie keinem anderen gelingt es Diamond, die komplizierten historisch-politischen Ereignisse in einzelnen Staaten und Regionen mit globalen Entwicklungen in Beziehung zu setzen. Auch in seinem neuen exzellenten Buch analysiert er die Krisen verschiedener Nationen und legt überzeugend dar, warum und vor allem wie sie diese Brüche überwinden konnten. Diamond deckt zudem Parallelen zwischen Ländern auf, die ähnliche Staatskrisen durchlebten: Finnland und Japan, Chile und Indonesien, Deutschland und Australien. Die Krisen kamen meist völlig überraschend als Reaktion auf Schocks, ausgelöst entweder durch andere Staaten oder innenpolitische Ereignisse. Im Falle Deutschlands beschreibt er die Krise der Nachkriegszeit, die die Deutschen dank den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft und der Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems meisterten. Gleichzeitig musste sich das Land mit dem Erbe des Nationalsozialismus auseinandersetzen, dem Aufbegehren der 68er-Generation und dem Trauma der Teilung. Ein wesentliches Merkmal der Krisenbewältigung war laut Diamond vor allem die Nachkriegspolitik für Versöhnung mit den Nationen, die deutschen Gräueln zum Opfer gefallen waren. Gleichwohl stelle Deutschland einen Extremfall dar – „im Hinblick auf Selbstmitleid und Opfermentalität“. Härter als andere ermahnt der Autor seine eigene Heimat. In den USA identifiziert er vier Krisen: Neben einer wachsenden Ungleichheit die Unfähigkeit zum Kompromiss sowie die Wahlmanipulationen und den willkürlichen Ausschluss von Wahlberechtigten. Vor allem letzteres ist laut Diamond eines der schlimmsten Übel der USA. manu



Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach glauben etwa zwei Drittel der Deutschen, sie könnten ihre Meinung zu bestimmten Themen nicht frei äußern.

© picture-alliance/imageBROKER

# »Ein Demokratietproblem«

**POLITISCHE KULTUR** Bundestag debattiert über Meinungsfreiheit – und ihre Grenzen

Im thüringischen Wahlkampf erhalten Spitzenkandidaten wie Mike Mohring (CDU) und Dirk Adams (Grüne) Morddrohungen. In Berlin werden die Fensterscheiben des Bürgersbüros des Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak (CDU) eingeschlagen. Beim Göttinger Literaturherbst verhindern Demonstranten eine Lesung des ehemaligen Innenministers Thomas de Maizière (CDU) aus seinem Buch und an der Universität Hamburg hindern Studenten den ehemaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke, seine Vorlesung in Makroökonomie zu halten. Für Wolfgang Kubicki (FDP) sind solche Vorkommnisse „keine Lappalien“. Im Gegenteil: Es sei Aufgabe der Abgeordneten des Bundestages, „deutlich zu machen, dass sie Rechtsbrüche im politischen Meinungskampf nicht tolerieren, nicht gutheißen, dass es keine klammheimliche Freude gibt, sondern dass sie solche Sachen klar verurteilen, egal welche Person oder welche Parteizentrale gerade angegriffen wird“. Für Kubicki steht nicht weniger als die Meinungsfreiheit in Deutschland auf dem Spiel. Und deswegen hatte seine Fraktion in der vergangenen Woche das Thema in Form einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung des Parlaments setzen lassen.

**»Es droht uns kein Maulkorb, kein Berufsverbot, keine Gefängnisstrafe.«**

Saskia Esken (SPD)

Eine Demokratie zeichne sich dadurch aus, „dass sie Vielfalt zelebriert und nicht andere Meinungen pauschal abqualifiziert oder Menschen niedergebrüllt werden“, führte Kubicki aus. Mit Blick auf eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach fügte er hinzu: „Wenn mehr als zwei Drittel der Menschen in unserem Land glauben, man könne seine Meinung zu bestimmten Themen nicht frei äußern, dann haben wir ein Demokratietproblem.“ Der AfD-Abgeordnete Martin Reichardt hatte ebenfalls eine Umfrage zur Hand. So würden laut der Shell-Studie 68 Prozent der Jugendlichen die Aussage bejahen, man dürfe nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne als Rassist beschimpft zu werden. Die „Verantwortlichen für den Verlust an Meinungsfreiheit“ verortete Reichardt im Bundestag in den Reihen der SPD, der Linken und Grünen. „Sie sind die Gesinnungstotalitaristen, die im jakobinischen Wahn jeden als „Rassisten“ und „Nazi“ diffamieren, der Kritik an Masseneinwanderung oder Migrationsfolgen oder schlicht an ihrem totalitären Weltbild übt“, polterte der AfD-Politiker lautstark. Das „linke Establishment“ sehe wohlwollend zu, wenn Fahrzeuge abgepackt und Menschen bedroht werden, „sofern es sich bei diesen

um sogenannte Rechtspopulisten handelt“. Gewalt sei Teil der linken politischen DNA, befand Reichardt. Die Sozialdemokratin Saskia Esken gab Reichards Vorwürfe umgehend an die AfD zurück. Mit einer Partei, die Online-Portale zur Denunziation unliebsamer Lehrer einrichte und schwarze Listen mit Namen unliebsamer Journalisten aufstelle, „rede ich nicht über Meinungsfreiheit“, stellte sie lapidar fest. Die Meinungsfreiheit werde durch die Verfassung garantiert. Niemandem in Deutschland drohe für seine geäußerte Meinung ein Maulkorb, ein Berufsverbot, eine Gefängnisstrafe oder andere staatliche Repressionen, sagte Esken. Lediglich Volksverhetzung, die Leugnung des Holocausts, Verleumdungen und Beleidigungen seien nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Diese wenigen Beschränkungen aber seien gesellschaftlicher Konsens, befand die Sozialdemokratin. Das Grundgesetz räume jedoch nicht die Möglichkeit ein, dass man eine Meinung ohne Widerspruch und Kritik äußern könne. Hart ins Gericht ging Esken auch mit Renate Köcher, Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Wenn sie unter Berufung auf die Umfrage behauptete, die Meinungsfreiheit sei in Deutschland in Gefahr,

**»Ohne Recht auf Widerspruch gibt es keine Meinungsfreiheit.«**

Manuela Rottmann (Grüne)

dann bediene sie rechte Ressentiments, befand Esken. Manuela Rottmann (Grüne) schloss sich der Argumentation Eskens an. Die Meinungsfreiheit umfasse nicht das Recht, andere zu beleidigen und zu bedrohen, an der Äußerung ihrer Meinung zu hindern durch Nötigung und Drohung. Und sie umfasse auch nicht den Anspruch, „dass einem gefälligst nicht widersprochen werde“. Ohne Recht auf Widerspruch gebe keine Meinungsfreiheit, sagte Rottmann unter dem Beifall aller Fraktionen – außer der AfD. Rottmann ließ zudem keinen Zweifel daran aufkommen, dass nach ihrer Meinung die Weigerung der Universität Hamburg, dem FDP-Parteivorsitzenden Christian Lindner einen Raum für eine Veranstaltung mit der Liberalen Hochschulgruppe zur Verfügung zu stellen, keine Einschränkung der Meinungsfreiheit oder gar der Wissenschaftsfreiheit darstelle. An dieser Stelle klatschten dann nur noch die Abgeordneten der Grünen, der SPD und der Linken. Thomas de Maizière (CDU) hielt Rottmann entgegen, Lindner habe vielleicht keinen Anspruch auf eine solche Veranstaltung, aber es würde „dem Geist der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit“ entsprechen.

Die Verweigerung der Uni sei „kleinkariert“. Und Konstantin Kuhle (FDP) fragte: „Wollen wir in Universitäten Persönlichkeiten heranziehen, die beim ersten Kontakt außerhalb ihrer Filterblase vor Empörung zusammenbrechen, oder wollen wir Persönlichkeiten, die in der Lage sind, im Zweifelsfall auch in harter Diskussion die freiheitlich demokratische Grundordnung im Meinungskampf zu verteidigen?“ Friedrich Straetmanns (Die Linke) warnte vor dem „Hang zur brachialen Polarisierung“ und der „Brutalität und Lautstärke“ in der politischen Debatte. „Wir sollten alle etwas runterfahren und nicht mit dem Finger aufeinander zeigen“, mahnte Straetmanns. Er würde sich auch von der eigenen Fraktion „Dinge anders wünschen“. Mit dem Finger zeigte der Abgeordnete dann aber doch – in Richtung der AfD, aber auch der Union und der FDP: Die Diskussionskultur werde von der AfD vergiftet. Ihr werde „der Raum gegeben, mit ihrem Geschrei und wüsten Gepöbel unsere Debatten hier im Haus zu prägen“. Diese Verrohung werde erst aufhören, „wenn die bürgerliche Mitte aufhört, ihr immer wieder nachzugeben, wie auch hier heute in der Debatte“. De Maizière befürchtet indessen, dass man „es in Zukunft noch mit viel mehr extremen und polarisierenden Meinungen“ zu tun haben werde. Deshalb müssten rechtsstaatliche Wege gesucht werden, um herauszufinden, wer im Internet die Meinungsfreiheit missbraucht. Alexander Weinlein

## Strengere Auflagen

**MEDIEN** Grünters will nicht auf die EU warten

Nach dem Willen des Bundestags soll die Bundesregierung im analogen wie im digitalen Raum für Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit werben und Angebote der Medienkompetenz ausbauen. Zudem müsse der Zugang zu elektronischen Verlagspublikationen verbessert und der Auslandsverkehr Deutsche Welle gestärkt werden. Dies sieht die Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/14402) zum Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung (19/6970) vor, die der Bundestag am vergangenen Freitag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD gegen das Votum der AfD-Fraktion annahm. Die Linksfraktion und die Fraktionen der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Nicht durchsetzen konnten sich die Linksfraktion mit der Forderung nach einem Gesetzentwurf der Regierung, um die Bedingungen für die Pressefreiheit in Deutschland in Hinblick auf die strafrechtliche Verfolgung von Angriffen auf Pressevertreter sowie die Sicherheit der Kommunikation von Journalistinnen und ihren Quellen zu verbessern. Den entsprechenden Entschließungsantrag (19/14410) lehnte der Bundestag mehrheitlich ab. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) warb in der Debatte dafür, das Leis-

tungsschutzrecht und die Verlegerbeteiligung aus der EU-Urheberrechtsrichtlinie vorzuziehen und umzusetzen. Es gehe um den Schutz journalistischer Qualität und medialer Vielfalt. Es wäre „bedauerlich“, darauf warten zu müssen, bis auch der letzte Artikel der EU-Richtlinie umgesetzt werde. Martin Rabanus (SPD) warnte vor der Verbreitung von „Fake News“ und „Hate Speech“ im Internet. Dies bedrohe die freie und pluralistische Gesellschaft. Deshalb sei es richtig gewesen, dass die Große Koalition das Netzwerkdurchsetzungsgesetz auf den Weg gebracht habe. Martin Renner (AfD) hielt dagegen, dass Hassreden im Internet oft nichts anderes als das „kritische Hinterfragen von marxistischen und globalistischen Topen“ seien. Die Regierung leugne die Risiken des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes für die Grundrechte. Die FDP, Grüne und Linke warfen der Koalition vor, dem Wandel in der digitalen Welt hinterher zu hinken. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**KURZ NOTIERT**

**FDP: Bau des Museums der Moderne verschoben**

Die FDP-Fraktion will den Baubeginn des Museums der Moderne in Berlin verschieben. In dem entsprechenden Antrag (19/14220), den der Bundestag ohne Aussprache in den Kulturausschuss überwies, fordert die Bundesregierung auf, mit dem Land Berlin einen Masterplan für das Ensemble des Kulturforums zu erarbeiten, um den Bedarf an Ausstellungsflächen, Depots und Forschungsräumen sowie die städtebaulichen Besonderheiten des Bauensembles festzustellen.

**Anerkennung von »Asozialen« als Opfer des NS-Terrors**

Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD sowie der Linksfraktion sollen Menschen, die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ verfolgt und inhaftiert wurden, als NS-Opfer anerkannt werden. Die beiden entsprechenden Anträge (19/14342, 19/14333) überwies der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse. Zudem sprechen sich die Fraktionen für eine Entschädigung dieser Opfergruppe aus. aw

Anzeige

### Wer will heutzutage noch Bürgermeister werden?

**Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Baden-Württemberg**  
Ein Amt im Umbruch  
Von Dr. Vinzenz Huzel  
2019, 426 S., brosch., 79,- €  
ISBN 978-3-8487-6240-8  
(Lokale Politik | Local Politics, Bd. 3)  
nomos-shop.de/43154

Eine originelle empirische Untersuchung, die einen aktuellen Überblick über Amtsinhaber/innen, Kandidierende und die Entwicklung des Bürgermeisteramtes in Baden-Württemberg gibt. Der Band ist ein bemerkenswerter Beitrag zur Erklärung selektiver Rekrutierung für politische Führungspositionen.

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer